



Tobias Meier

Kommunale Religionspolitik – eine Einführung

Lange Zeit fokussierte sich die Diskussion um Religion auf die nationale oder Landesebene (Liedhegener/Pickel 2016). Vor dem Hintergrund einer formalen Zuständigkeit der Bundesländer ist diese Fokussierung nachzuvollziehen und findet sich sowohl in Theorie als auch Praxis wieder. Durch verschiedene religionsbezogene Ereignisse weitet sich diese Perspektive seit Ende der 2000er Jahre auf, und es sind auch auf kommunaler Ebene verstärkte Diskurse zu Religion und Religionsgemeinschaften zu verzeichnen. Diese Veränderungen zeigen sich unter anderem in entsprechenden politischen Schwerpunktsetzungen und neu entstehenden Koalitionen zwischen religiösen und staatlichen Akteuren. Vor allem das interreligiöse Miteinander institutionalisiert sich in dieser Zeit und bildet spezifische Aktivitäten heraus (Griera/Nagel 2018; Nagel 2012, 2013). Der vorliegende Beitrag soll einige Anhaltspunkte geben, wie das Verhältnis von Religion und (Stadt-)Gesellschaft vor diesem Hintergrund neu zu fassen ist und entlang des Begriffs der kommunalen Religionspolitik einige Entwicklungen diskutieren.

Kommune – Politik – Religion

Im Zusammenspiel der verschiedenen Regierungsebenen erhält die kommunale Ebene derzeit eine gewisse Renaissance. Nach langen Diskussionen um kommunale Finanznot und Überforderungen ob der vielfältigen Aufgaben ist zumindest in Anfängen wieder eine Steigerung des kommunalen Selbstbewusstseins auszumachen. Städte und Gemeinden werden als Katalysatoren sozialer und technischer Innovationen und als Schule der Demokratie wiederentdeckt und nehmen diese Rolle selbstbewusst ein. In Dokumenten, wie der Neuen Leipzig-Charta, wird das Potenzial für das Gemeinwohl deutlich gemacht (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2021), und es werden neue Wege diskutiert, wie auf kommunaler Ebene den großen politischen Herausforderungen begegnet werden kann. Aber auch seitens der Bürgerinnen und Bürger wird die kommunale Ebene als Handlungsfeld wiederentdeckt. Soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen und lokales Engagement erhalten Aufwind und wirken daran mit, dass lokale Themen im demokratischen Gemeinwesen diskutiert und verhandelt werden. Die Stadtgesellschaft wird insgesamt wieder politischer und fordert bei den zentralen Zukunftsthemen Mitspracherecht.

Im Kontext dieser kommunalen politischen Entwicklungen spielt die Religion noch ein Nischendasein. Zwar sind Religionsgemeinschaften und religiöse Diskurse auch auf der kommunalen Ebene präsent, jedoch sind die Austausch- und Teilhabeprozesse hierzu noch sehr selektiv. Vielfach prägen die großen Kirchen das religio-politische Miteinander, und nur vereinzelt bildet sich wirklich ein vielfältiges Miteinander zwischen den Religionsgemeinschaften und der weiteren Stadtgesellschaft heraus. Das heißt aber nicht, dass das Feld nicht in Bewegung ist: Gerade nach dem Abklingen der Nachwirkungen von 9/11 haben sich in vielen

Städten und Gemeinden vermehrt religionspolitische Foren und Strukturen entwickelt, die ein Ausdruck davon sind, dass auch auf der kommunalen Ebene zunehmend ein Umgang mit religiöser Vielfalt gesucht wird. Deutlich wird dies vor allem an der steigenden Zahl sogenannter Räte der Religionen, in denen ein repräsentatives religiöses Gegenüber zur Stadtverwaltung und -politik aufgebaut wird und in dem tagesaktuelle und grundsätzliche religionspolitische Themen diskutiert werden. Auch andere Formate, wie Dialogformate, Fastenbrechen, Musikfestivals oder Friedensgebete, lassen sich in vielen deutschen Städten finden.

In Summe lässt sich dadurch auch auf der kommunalen Ebene ein eigener religionspolitischer Handlungsrahmen bestimmen, der durch bestimmte Akteurskonstellationen sowie Handlungsfelder bestimmt ist und sich als kommunale Religionspolitik beschreiben lässt (Meier 2023). Als zentrale Handlungsfelder gelten Integrations-, Innen-, Stadtentwicklungs-, Bildungs-, Sozial-, Kultur- und Gesundheitspolitik.

Einflussfaktoren und Handlungsansätze

Die Entwicklung der kommunalen Religionspolitik wird dabei durch bestimmte Push- und Pull-Faktoren beeinflusst, die im Ergebnis zu einer verstärkten Institutionalisierung führen. Diese Faktoren stehen darüber hinaus mit zwei unterschiedlichen Handlungsansätzen zur Steuerung religiöser Vielfalt in Beziehung und bilden in Summe das Handlungsspektrum kommunaler Religionspolitik ab. So wirken globale und lokale Krisen deutschlandweit daran mit, dass sich das religio-politische Feld zwangsläufig auch lokal entwickelt. Religionsbezogene Themen werden vielfach von außen an das kommunale Miteinander herangetragen, und es muss meist ein Umgang damit gefunden werden (Push-Faktor). Solcherart Krisen führen in der



Regel nicht zum Abbruch von Verständigungsprozessen, sondern eher zu einer verstärkten Beschäftigung mit der religiösen Landschaft der Stadt oder Gemeinde, und es werden spezifische Formen und Strukturen des Dialogs und Austauschs gefunden. Beispiele lassen sich deutschlandweit finden und haben meist nur bedingt mit den Vorerfahrungen in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde zu tun. Beispiele für Push-Faktoren sind globale Ereignisse, wie religionsbezogene Kriege oder Konflikte oder andere politische Ereignisse, die mit Religion verbunden sind. Auch die Frage der Abhängigkeit oder Unabhängigkeit von Religionsgemeinschaften von ausländischen Regierungen ist immer wieder Thema.

Gleichzeitig finden auf der kommunalen Ebene immer wieder gemeinsame politische Vorhaben statt, bei denen auch Erfolge erzielt werden (Pull-Faktor). Hierdurch werden Stadtverwaltung und -politik gleichsam zusammengebracht und entlang von Themen aufeinander zu organisiert. Produktive Handlungsfelder sind hierbei vor allem in der Innen-, Schul-, Sozial- und Kulturpolitik zu finden. Gerade hierbei spielt das Mehrebenensystem des Staats eine bedeutende Rolle, sind einige dieser Vorhaben doch von den Bundesländern oder sogar der Bundesrepublik finanziert oder organisiert und entfalten zumindest einen Teil ihrer Aktivitäten auf der kommunalen Ebene. Nur sehr vereinzelt ist bisher die Gegenrichtung festzustellen, indem kommunalpolitische Erfolge auch auf die Landes- oder Bundesebene ausstrahlen, hierzu fehlen bisher noch die Strukturen und Austauschprozesse. Beispiele für Pull-Faktoren sind Erfolge im Bereich des Religionsunterrichts oder im Aufbau von religiösen Wohlfahrtsorganisationen.

Im konkreten kommunalpolitischen Handeln lassen sich dabei ein integrativer und korporatistischer Handlungsansatz zur Steuerung religiöser Vielfalt unterscheiden. Mit integrativ ist dabei die Orientierung an einer möglichst offenen und vielfältigen Teilnahme von Religionsgemeinschaften gemeint, die auch unterschiedliche Organisationsgrade der Religionsgemeinschaften miteinschließt. Mit korporatistisch wird die Orientierung an einem möglichst repräsentativen Gegenüber beschrieben, was sich in einer gewissen Selektivität der Teilnahme ausdrückt. Mit dieser Unterscheidung ist gleichsam keine Bewertung verbunden: Beide Handlungsansätze sind legitime Formen der Organisation religiöser Vielfalt, und es zeigt sich nach ersten Erfahrungen, dass meist eine Kombination aus beiden Handlungsansätzen am zielführendsten ist. Manche Städte und Gemeinden bilden aufgrund ihrer Größe bereits mit einem korporatistischen Handlungsansatz die gesamte oder zumindest große Teile der Vielfalt an Religionsgemeinschaften ab. Dies trifft auf Klein- und Mittelstädte sowie auf einzelne Großstädte zu.

Strukturen, Rollen und Orte

Maßgeblich für die Entwicklung der kommunalen Religionspolitik ist in den letzten Jahren zudem der Aufbau von Strukturen auf der kommunalen Ebene. So werden in den Großstädten teilweise eigene Zuständigkeiten und Stellen geschaffen, die die Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften weiter institutionalisieren, oder es werden entsprechende Aufgabenbereiche geschaffen, die dann von verschiedenen Verwaltungsbereichen bearbeitet werden. Erste Erfahrungen aus Städten und Gemeinden zeigen dabei, dass dort die besten Ergebnisse erzielt werden, wo Religionsgemeinschaften strukturell in die Verwaltungsabläufe integriert sind und auch seitens der Verwaltung eine Offenheit zur Mitwirkung von Religionsgemeinschaften besteht. Dies muss nicht immer in einer zentralisierten Form erfolgen, die bisherige Empirie zeigt auch, dass dezentrale Zuständigkeiten teilweise sogar resilienter gegenüber Veränderungen und komplexen Diskursen sind. Gerade durch diese Entwicklung kann von einer zunehmenden kommunalen Religionspolitik gesprochen werden, die nicht nur seitens der Religionsgemeinschaften oder durch interreligiöse Aktivitäten, sondern auch seitens der staatlichen Akteure betrieben wird.

Es gilt dabei aber auch festzustellen: Bei allen diesen Prozessen ist weiterhin eine dominante Stellung der Kirchen zu beachten. Trotz Mitgliederrückgängen sind die beiden großen Kirchen immer noch Schlüsselakteure in Bezug auf Ressourcen und Positionen auf der kommunalen Ebene und prägen durch ihr Handeln große Teile der kommunalen Religionspolitik. Das Agieren der Kirchen hat hierdurch eine hohe Relevanz für die Inklusion weiterer Religionsgemeinschaften und determiniert vielfach deren Chancen an Teilhabe. Ob hierbei spezialisierte Positionen für interreligiöses oder religio-politisches Engagement einen zentralen Einfluss auf diese Inklusionsprozesse haben, lässt sich noch nicht absolut sagen. Ähnlich wie bei der Verwaltung ist für diese Inklusionsprozesse ein Zusammenspiel verschiedener Organisationsteile der Kirchen (wie interreligiöse Funktionsträger, Gemeinden, Einzelpersonen, Verbände etc.) zu vermuten. Unabhängig davon, wie sich die Kirchen zukünftig entwickeln werden: Derzeit gilt es noch, diese Rolle bewusst zu halten und vor allem das Zusammenspiel von Kirchen und Stadtverwaltung und -politik in diesem Sinne einzuordnen.

Zusätzlich zu den Kirchen nehmen aber auch bestimmte unabhängige Akteure eine wichtige moderierende und unterstützende Funktion ein. Dies sind in der Regel säkulare, nichtstaatliche Akteure, die eine Offenheit und ein Verständnis für religiöse Belange haben, und in diesem Sinne in der kommunalen Religionspolitik mitwirken. Sie agieren in der kommunalen Religionspolitik als Brückenbauer zwischen Stadtverwaltung und -politik und Religionsgemeinschaften und helfen dabei, den Gesprächsprozess auch bei Krisen

nicht abbrechen zu lassen. Damit unterscheidet sich deren Rolle signifikant zu derjenigen der Kirchen: Während die beiden großen Kirchen das Netzwerk der Begegnungsstrukturen bedeutend strukturieren, halten es diese Brückenakteure vital und unterstützen bei notwendiger Reorganisation – eine Funktion in der kommunalen Religionspolitik, die nicht zu gering geschätzt werden darf, und die die Rolle der Kirchen bedeutend ergänzt. In den Städten und Gemeinden, die bereits erfolgreiche Ergebnisse in der kommunalen Religionspolitik zu verzeichnen haben, sind solche unabhängigen Akteure immer vorhanden. Sollten diese nicht bestehen, so ist zumindest bei einer hohen religiösen Vielfalt darüber nachzudenken, diese zu gründen oder bestehende Akteure in diesem Sinne weiterzuentwickeln. Wichtig ist dabei, dass diese eine Verbindung und Unabhängigkeit von den staatlichen Stellen haben und nicht formaler Teil der kommunalen Verwaltung oder Politik sind.

Zuletzt lässt sich feststellen, dass interreligiöse Verständigung auch die passenden Orte braucht. Fanden viele interreligiöse Aktivitäten in der Vergangenheit noch in Kirchen, Moscheen oder anderen Gotteshäusern statt, so spielen säkulare Orte bei einer hohen religiösen Vielfalt eine immer wichtigere Rolle.

Handlungsbedarfe

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Theorie und Praxis zu kommunaler Religionspolitik trotz der ersten Entwicklungen noch in den Kinderschuhen stecken. Forschungen und Praxiserfahrungen sind in den deutschen Städten noch zu verteilt, und es gibt bisher keine übergreifende Gesamtschau. An diesem Punkt gilt es, anzusetzen und bisher unverbundene Erfahrungen miteinander in Beziehung zu setzen. Der bestehende interkommunale Erfahrungsaustausch kann hier genutzt werden, um auch zu diesem Thema in einen Austausch zu kommen. Bestehende kommunale Forschungseinrichtungen und Verbände können diesen Prozess unterstützen und weitere Anregungen geben. Programme, wie Kirche findet Stadt, hatten dies bereits in der Ökumene geleistet, nun gilt es, zu überlegen, wie der zunehmenden religiösen Vielfalt eine ähnliche Plattform geboten werden kann.

Des Weiteren gilt es, den Stellenwert von Religion in der Gesellschaft grundsätzlich zu diskutieren und auf allen Ebenen zu überlegen, wie nationale, länderbezogene und kommunale Erfahrungen genutzt werden können. Hierbei gilt es auch, die internationale Diskussion zur Kenntnis zu nehmen, in der auch in der Stadtsoziologie etwas selbstverständlicher als in Deutschland über Religion nachgedacht wird. Vor allem die Diskurse um die postsäkulare Stadt (Beaumont 2008; Beaumont/Baker 2011) und zur offenen Stadt (Sennett 2019) können hier wertvolle Ansatzpunkte bieten. Hierfür können auch Hochschulen und Universitäten die passenden Plattformen sein.

Zuletzt gilt es, auch für die kommunale Religionspolitik die Strukturen und Orte auf- und auszubauen, damit Verständigungen, aber auch Verhandlungen, zur Rolle von Religion auf der kommunalen Ebene stattfinden. Hierfür müssen nicht unbedingt in großem Umfang Ressourcen zu Verfügung gestellt werden, eine kluge Kombination bestehender Strukturen und Orte kann schon hinreichend sein, um positive Impulse zu setzen. Viel wichtiger ist es, die Scheu vor dem Thema abzulegen und sich den Diskursen um Religion in der Stadt zu stellen. Ein anstrengender Prozess, der im demokratischen Sinne für alle Beteiligten am Ende einen Mehrwert bietet.



Tobias Meier

Lecturer/Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA),
Fachbereich Sozialwissenschaften,
Hochschule Koblenz

Quellen:

Links zum Thema

Bundeskongress der Räte der Religionen: www.bundeskongress-religionen.de

Projekt Kirche findet Stadt: <http://www.kirche-findet-stadt.de/>

EKD „Gott in der Stadt“: https://www.ekd.de/ekd_texte93_2.htm

Metrozones „Global Prayers“: <https://www.metrozones.info/kategorien/research/globalprayers/>

Forum Wohnen und Stadtentwicklung zu „Religion und Stadt“: <https://www.vhw.de/publikationen/forum-wohnen-und-stadtentwicklung/archiv/archiv-detail/magazin/heft-12021-religion-und-stadt/>

Literatur

Beaumont, Justin (2008): Faith Action on Urban Social Issues. *Urban Studies*, 45. Jg., Heft 10, S. 2019–2034.

Beaumont, Justin/Baker, Christopher (Hg.) (2011): *Postsecular Cities. Space, Theory and Practice*. London: Continuum.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2021): *Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*. Bonn.

Griera, Mar/Nagel, Alexander-Kenneth (2018): Interreligious Relations and Governance of Religion in Europe. Introduction. *Social Compass*, Volume 65, Issue 3, S. 301–311.

Liedhegener, Gert/Pickel, Antonius (2016): *Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland. Fallstudien und Vergleiche*. Wiesbaden: Springer VS.

Meier, Tobias (2023): *Community Organizing und kommunale Religionspolitik in der postsäkularen Stadt* (im Erscheinen). Münster: Waxmann.

Nagel, Alexander-Kenneth (2012): Vernetzte Vielfalt: Religionskontakt in interreligiösen Aktivitäten. In: Nagel, Alexander-Kenneth (Hg.): *Diesseits der Parallelgesellschaft*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 241–268.

Nagel, Alexander-Kenneth (2013): Interreligiöser Dialog zwischen Begegnung und Beherrschung. Zur Governance religiöser Vielfalt in interreligiösen Aktivitäten. In: Pries, Ludger (Hg.): *Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Springer VS, S. 233–249.

Sennett, Richard (2019): *Die Offene Stadt. Eine Ethik des Bauens und Bewohnens*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.